

fed. Senator/-in: S 2, Dr. Chris von Wrycz Rekowski Federführendes Amt: Amt für Digitalisierung und IT	Beteiligt: Hauptamt Kämmereiamt Senator für Infrastruktur, Umwelt und Bau Bauamt
Information zum Beschluss der Bürgerschaft Nr. 2019/AN/4342 Einführung einer elektronischen Bauakte	
Geplante Beratungsfolge:	
Datum 22.06.2022	Gremium Bürgerschaft
Zuständigkeit Kenntnisnahme	

bereits gefasste Beschlüsse:

Nr. 2019/AN/4342 der Bürgerschaft vom 30.01.2019

Sachverhalt:

In den letzten zwei Jahren sind auf Landesebene die grundsätzlichen infrastrukturellen Voraussetzungen geschaffen worden, das Bauantrags- und Genehmigungsverfahren digital abbilden zu können. Die wesentlichen Treiber zu diesen Maßnahmen liegen dabei in den Entwicklungen, die sich zentral aus dem Regierungsprogramm „Digitale Verwaltung 2020“ und aus dem Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen (Onlinezugangsgesetz – OZG) ergeben haben. Das Land Mecklenburg-Vorpommern wurde im Zuge dessen mit der Umsetzung des Themenfelds „Bauen & Wohnen“ betraut. Im Rahmen der Themenfeldarbeit und auf Grundlage von parallelen Arbeiten im Landkreis Nordwestmecklenburg wurde Mitte 2020 durch das damals zuständige Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung eine OZG-Referenzimplementierung zum digitalen Bauantragsverfahren vorgestellt. Das Herzstück dieser Referenzlösung wird durch den sogenannten „Vorgangsraum“ wiedergegeben, der eine kollaborative Erstellung und Bearbeitung digitaler Bauanträge ermöglichen soll.

Diese Ergebnisse und geschaffenen Voraussetzungen auf Landesebene werden nun im Rahmen des Projekts „Digitales Bauantrags- und Genehmigungsverfahren - Pilotierung/Testung OZG-Referenzimplementierung“ als Grundlage für das weitere Vorgehen genutzt. Das Projekt verfolgt die Pilotierung und Einführung der OZG-Referenzimplementierung als medienbruchfreie, elektronische Lösung zur Bearbeitung digitaler Anträge als zentrales Ziel. Erst mit der Freigabe der technischen Standards und der erfolgreichen Tests des Vorgangsraums sowie der weiteren IT-Komponenten und Schnittstellen erfolgt ein Roll-out auf das gesamte Bauamt sowie auf alle zu beteiligenden Fachämter. Die Live-Schaltung des digitalen Bauantrags wird dabei stufenweise durchgeführt.

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen eine Reihe von Arbeitsschritten durchgeführt werden. Dazu zählt im ersten Schritt eine Prozessanalyse, in der die Ist-Prozesse aufgenommen und mittels Soll-Prozessen optimiert werden sollen.

Die Prozessanalyse wird zudem als wesentlicher Schritt zur Aufnahme von Anforderungen an den Pilotarbeitsplatz und die OZG-Referenzimplementierung gesehen. Im Rahmen der Prozessanalyse und der Anforderungsaufnahme wird das Projektteam aktuell durch Spezialisten der DATAGROUP SE unterstützt. Zudem werden im Projekt wichtige Konzepte erstellt, um unter anderem die Finanzierung der Unternehmung zu sichern und die voraussichtlichen organisatorischen Auswirkungen zu koordinieren. Im Anschluss an diese Arbeiten wird die erwähnte Pilotierung und Testung der OZG-Referenzimplementierung durchgeführt, um abschließend die digitale Lösung in der Stadtverwaltung auszurollen. Weitere Details zu den Inhalten des Projekts können Sie dem angehängten Projektauftrag, Strukturplan und dem Zeitplan der Phase „Pilotvorbereitung“ entnehmen.

Ein wichtiger Faktor für die digitale Bearbeitung der Bauanträge ist die Einführung der elektronischen Bauakte. Dieses parallellaufende Projekt soll bis zum Ende des Jahres 2022 umgesetzt werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Das Projekt ist im Teilhaushalt 06 - Amt für Digitalisierung und IT verortet. Für das Projekt wurde die nachfolgend genannte Investitionsmaßnahme angelegt, in der die Mittel im Entwurf des Haushaltsplanes 2022/ 2023 enthalten sind.

Teilhaushalt: 06

Produkt: 11404

Bezeichnung: IuK

Investitionsmaßnahme Nr.: 0611404202188899

Bezeichnung: Projekt digitales Bauantrags- und Genehmigungsverfahren

Haushalts-jahr	Konto / Bezeichnung	Ergebnishaushalt		Finanzhaushalt	
		Erträge	Aufwendungen	Einzahlungen	Auszahlungen
2022	11404.78410000 Auszahlungen für sonstige immaterielle Vermögensgegenstände für Konzessionen, Lizenzen und andere Schutzrechte				13.000
	11404.78571000 Auszahlungen für bewegliche Sachen des Anlagevermögens über der Wertgrenze von 800 Euro				269.000
	11404.56251040 - Vergütungen einschließlich Reisekosten an Sachverständige - Organisations- und E-Governmentmaßnahmen		84.000		84.000
2023	11404.78410000 Auszahlungen für sonstige immaterielle Vermögensgegenstände für Konzessionen, Lizenzen und andere Schutzrechte				28.700
	11404.78571000 Auszahlungen für bewegliche Sachen des Anlagevermögens über der Wertgrenze von 800 Euro				327.100

	11404.56251040 - Vergütungen einschließlich Reisekosten an Sachverständige - Organisations- und E-Governmentmaßnahmen		63.700		63.700
2024	11404.78410000 Auszahlungen für sonstige immaterielle Vermögensgegenstände für Konzessionen, Lizenzen und andere Schutzrechte				48.600
	11404.78571000 Auszahlungen für bewegliche Sachen des Anlagevermögens über der Wertgrenze von 800 Euro				266.900
	11404.56251040 - Vergütungen einschließlich Reisekosten an Sachverständige - Organisations- und E-Governmentmaßnahmen		73.700		73.700
2025	11404.78410000 Auszahlungen für sonstige immaterielle Vermögensgegenstände für Konzessionen, Lizenzen und andere Schutzrechte				0
	11404.78571000 Auszahlungen für bewegliche Sachen des Anlagevermögens über der Wertgrenze von 800 Euro				0
	11404.56251040 - Vergütungen einschließlich Reisekosten an Sachverständige - Organisations- und E-Governmentmaßnahmen				0
		0	221.400	0	1.174.700

Claus Ruhe Madsen

Anlagen

1	Anlage 1	öffentlich
2	Anlage 2	öffentlich

Zweck des Dokuments

Der Projektauftrag stellt eine gute und solide Ausgangsbasis für die sich anschließende Feinplanung (Initiierung) des Projekts bereit. Der Projektauftrag plant dabei das Projekt auf einer sehr groben Ebene, um eine erste Entscheidung zur Durchführung des Projekts durch die Lenkungsgruppe zu erreichen.

Hinweis: Bei dem vorliegenden Dokument handelt es sich um einen aktualisierten Projektauftrag, welcher den inhaltlichen und personellen Veränderungen des Projekts Rechnung trägt. Der ursprüngliche Projektauftrag ist im d.3 dokumentiert (siehe Link).



2019_07_17_GW_Projektauftrag_DAGVfBau - Strategie_V1.0_Final_unterzeichnet (P000972019).D3L

Rollen

Rolle	Name
Auftraggeber	Herr Bradtke (Amt 06)
Benutzervertreterin	Frau Gründel (Amt 60)
Lieferantenvertreter	Herr Horn (Amt 06)
Projektleiter	Herr Machatsch (Amt 06)

Projektumfang

Projektklasse	3 (großes Projekt)
Projektbeschreibung	<p>Die wesentlichen Treiber des vorliegenden Digitalisierungsprojekts liegen in den Entwicklungen, die sich zentral aus dem Regierungsprogramm „Digitale Verwaltung 2020“ und aus dem Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen (Onlinezugangsgesetz – OZG) ergeben.</p> <p>Mit dem Programm „Digitale Verwaltung 2020“ hat die Bundesregierung im Jahr 2014 die Rahmenbedingungen für die Digitalisierung der Verwaltung geschaffen. Das Regierungsprogramm dient der Umsetzung des Gesetzes zur Förderung der elektronischen Verwaltung (E-Government-Gesetz – EGovG). Mit dem Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltungstätigkeit in Mecklenburg-Vorpommern (E-Government-Gesetz Mecklenburg-Vorpommern – EGovG M-V) wurde 2016 die entsprechende Landesregelung verabschiedet.</p> <p>Das im Sommer 2017 in Kraft getretene OZG regelt zusätzlich, dass Bund und Länder bis 2022 alle Verwaltungsleistungen in Deutschland über Verwaltungsportale auch digital anbieten und die Portale zu einem Portalverbund verknüpfen müssen. Die Verwaltungsleistungen der Kommunen sind zudem über Portale der Länder anzubinden. Für die Authentifizierung der Nutzer gegen-</p>

1/28 - Anlage 1

AGA II P001608746.69 -4- S. 1/10
228. Ergänzung, 1. Mai 2017

über den digitalen Verwaltungsleistungen sind interoperable Nutzerkonten im Portalverbund bereitzustellen.

Die Umsetzung des OZG wird als eine gesamtstaatliche Aufgabe verstanden, die nur bis 2022 gelingen kann, wenn Bund, Länder und Kommunen gemeinsam vorangehen und einer sinnvollen Aufgabenteilung folgen. Die Bearbeitung der ursprünglich 575 OZG-Leistungsbündel erfolgt deshalb in 14 übergeordneten Themenfeldern, die auf unterschiedliche Bundesressorts und Bundesländer verteilt worden sind. Das Land Mecklenburg-Vorpommern hat sich dabei für die Umsetzung des Themenfelds „Bauen & Wohnen“ bereit erklärt. Die Verantwortung ist in diesem Zusammenhang dem Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung (EMMV) übergeben worden.

Mit dem Beginn der Arbeiten im Themenfeld „Bauen & Wohnen“ beauftragte das Ministerium zunächst das Beratungsunternehmen „McKinsey & Company Corporation“ und das Landesdienstleistungsunternehmen „DVZ Datenverarbeitungszentrum Mecklenburg-Vorpommern GmbH“ für die Ergebniserstellung. Dabei wurde die Unternehmen unter anderem mit der Aufgabe betraut, eine Priorisierung der Leistungen im Themenfeld durchzuführen. Die höchste Priorität erhielten dabei die OZG-Leistungsbündel „Bauvorbescheid und Baugenehmigung“, „Genehmigungsfreistellungsverfahren“ und „Wohnsitzmeldungen“. Das zum Leistungsbündel „Bauvorbescheid und Baugenehmigung“ zugehörige Digitalisierungslabor entwickelte anschließend in mehreren Sitzungen einen Klick-Prototyp, der beispielhaft aufzeigte, wie eine Online-Baugenehmigung auf einem Bauportal aussehen könnte. Während der Entwicklung des Klick-Prototyps kam es zu keiner Beteiligung der unteren Bauaufsichtsbehörde der Hanse- und Universitätsstadt Rostock.

Parallel dazu entwickelte der Landkreis Nordwestmecklenburg seit dem Jahr 2017 ein eigenes Bauportal. Die Realisierung dieses Portals erfolgte dabei im Rahmen der Umsetzung der kreiseigenen E-Government-Strategie. Ein Bezug zur OZG-Umsetzung wurde erst im Jahr 2018 hergestellt. Da der Landkreis Nordwestmecklenburg zu diesem Zeitpunkt eine Vorreiterstellung eingenommen hat, wurde er durch das Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung zügig in die Ergebniserstellung des Themenfelds „Bauen und Wohnen“ eingebunden.

Aufgrund der fehlenden Transparenz und einer lückenhaften Kommunikation zum Fortschritt wurden dem Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung im Jahr 2019 mehrere Vorschläge unterbreitet, um ein kooperatives Landesprojekt zu starten. Dieses Projekt hatte das Ziel, die bisher nicht erfassten Anforderungen aller interessierten Bauaufsichtsbehörden, die Ergebnisse aus dem OZG-Themenfeld und die Ergebnisse aus dem Projekt des Landkreis Nordwestmecklenburgs in einem kooperativen Landesprojekt zusammenzuführen. Dabei sollten die Ergebnisse derart aufgearbeitet werden, dass für alle Bauordnungsbehörden in M-V ein Lösungsansatz für ein durchgängiges, wirtschaftliches und digitales Antrags- und Genehmigungsverfahren zur Verfügung steht. Dieser Projektvorschlag ist durch die Themenfeldführerschaft „Bauen und Wohnen“ erst positiv aufgenommen und anschließend nicht weiterverfolgt worden.

Stattdessen stellte das Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mitte des Jahres 2020 überraschend eine OZG-Referenzimplementierung zum digitalen Bauantragsverfahren vor. Das Herzstück dieser Referenzlösung wird durch den sogenannten „Vorgangsraum“ wiedergegeben, der eine kollaborative Erstellung und Bearbeitung digitaler Bauanträge ermöglichen soll. Entwickelt wurde diese Lösung durch das IT-Unternehmen „brain-SCC GmbH“ in Zusammenarbeit mit dem Landkreis Nordwestmecklenburg und dem Landesdienstleistungsunternehmen „DVZ Datenverarbeitungszentrum Mecklenburg-Vorpommern GmbH“. Mit der Vorstellung der Referenzlösung wurde auch die Erwartungshaltung geäußert, dass die unteren Bauaufsichtsbehörden eine zügige Einführung und Live-Schaltung des Vorgangsraums durchführen müssten. Die unteren Bauaufsichtsbehörden lehnten diese Erwartungshaltung

jedoch geschlossen ab.

Die eigenständige Vorgehensweise und zurückhaltende Kommunikation des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung während der Entwicklung der OZG-Referenzimplementierung hatte dazu geführt, dass die unteren Bauaufsichtsbehörden bei deren Veröffentlichung nur unzureichend vorbereitet waren. In der Folge einigten sich das Ministerium und die Bauordnungsbehörden auf eine neue Reihe von Informationsterminen und Workshops, in denen beidseitig Fragen, Anmerkungen und Änderungswünsche platziert werden konnten. In diesen Terminen zeigte sich, dass das Ministerium die erforderlichen Arbeitsschritte zur Einführung des Vorgangsraums in eine untere Bauaufsichtsbehörde unterschätzt hatten. Darüber hinaus hatte das Ministerium die Faktenlage vernachlässigt, dass sich die unteren Bauaufsichtsbehörden auf eine solche OZG-Referenzimplementierung organisatorisch (prozessual) und technisch (z. B. in Form einer technischen Ertüchtigung bestehender Systeme) hätten vorbereiten müssen.

Gerade in Hinblick auf die technischen Gegebenheiten erkannten alle Beteiligten im Verlauf der weiteren Abstimmung an, dass die OZG-Referenzimplementierung ein mindestens kompliziertes IT-System darstellt. Die Referenzlösung betrachtet nicht nur die Bereitstellung und individuelle Konfiguration der einzelnen Software-Komponenten, zu denen mindestens ein Bürgerportal, der Vorgangsraum, ein Fachverfahren, ein Dokumentenmanagementsystem und ein HKR-Verfahren gehören. Zusätzlich dazu muss sich jede untere Bauaufsichtsbehörde selbstständig um die fehlenden Schnittstellen kümmern, diese entwickeln und individuell anpassen lassen, damit ein reibungsloser Austausch von Daten und Dokumenten zwischen den Komponenten ermöglicht wird. Letztendlich wurde dadurch ebenfalls festgehalten, dass insbesondere der finanzielle, der personelle sowie zeitliche Aufwand für die Einführung und individuelle Anpassung der Gesamtlösung nicht relativiert oder vernachlässigt werden darf.

Diese Erkenntnisse und die damit verbundenen Risiken führten dazu, dass sich die untere Bauaufsichtsbehörde der Hanse- und Universitätsstadt Rostock zwar für eine Nutzung der OZG-Referenzimplementierung aussprach, diese jedoch vorab mittels eines Pilotarbeitsplatzes individuell anpassen und testen wollte. Dieses Vorgehen wurde durch den Finanzsenator am Anfang des Jahres 2021 freigegeben. Die Bearbeitung des Themas wurde dabei in dem Projekt fortgeführt, das zuvor die Entwicklungen rund um das OZG-Themenfeld und die Referenzimplementierung beobachtet und die städtischen Anforderungen an das Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung weitergegeben hatte. Das Projekt erhielt dadurch den Namen „Pilotierung/Testung OZG-Referenzimplementierung“ und wird mit dem aktuellen Stand durch das Amt für Digitalisierung und IT (06) gesteuert und durch das Bauamt (60) entsprechend mit der erforderlichen Fachlichkeit ausgestattet.

Mit dem vorliegenden Auftrag erlangt das Projekt in seiner jetzigen Form eine neue Legitimation. Diese ist auch in Hinblick auf einen Wechsel des Projektleiters im Februar des Jahres 2022 erforderlich.

Das Projekt beinhaltet, alle IT-technischen Komponenten (Hardware und Software) am Pilotarbeitsplatz im Bauamt zusammenzutragen und iterativ zu testen. Erst mit der Freigabe der technischen Standards und der erfolgreichen Tests des Vorgangsraums sowie der weiteren IT-Komponenten und Schnittstellen erfolgt ein „Ausrollen“ auf das gesamte Bauamt sowie auf alle zu beteiligenden Fachämter. Die Live-Schaltung des digitalen Bauantrags wird dabei stufenweise durchgeführt und orientiert sich zentral an den Fortschritten im Amt 60.

Um diese Meilensteine erreichen zu können, müssen eine Reihe von Arbeitsschritten durchgeführt werden. Dazu zählt im ersten Schritt eine Prozessanalyse, in der die Ist-Prozesse aufgenommen und mittels Soll-Prozesse optimiert

	<p>werden sollen. Die Prozessanalyse wird zudem als wesentlicher Schritt zur Aufnahme von Anforderungen an den Pilotarbeitsplatz und die OZG-Referenzimplementierung gesehen. Im Rahmen der Prozessanalyse und der Anforderungsaufnahme wird das Projektteam aktuell durch Spezialisten der DATAGROUP SE unterstützt. Zudem werden im Projekt wichtige Konzepte erstellt, um unter anderem die Finanzierung der Unternehmung zu sichern und die voraussichtlichen organisatorischen Auswirkungen zu koordinieren.</p>
Projektziele	<ul style="list-style-type: none"> • Pilotierung und Einführung der OZG-Referenzimplementierung als medienbruchfreie, elektronische Lösung zur Bearbeitung digitaler Anträge <ul style="list-style-type: none"> ◦ Optimierung und Digitalisierung aller Antrags- und Genehmigungsprozesse nach Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern (LBauO M-V) ◦ Entwicklung und Einrichtung eines Pilotarbeitsplatzes für die Testung und Bewertung der Funktionalitäten der einzelnen IT-Komponenten sowie deren Zusammenwirken ◦ Kommunikation erforderlicher Änderungen an der OZG-Referenzimplementierung an das IM M-V sowie die verantwortlichen Dienstleistungsunternehmen ◦ Roll-out der Referenzimplementierung im Bauamt und in den beteiligten Ämtern • Nutzung einer revisionssicheren, digitalen Bauakte • Nutzung des Landesportals als Kommunikationsplattform • Nutzung des Vorgangsraums für die Zusammenarbeit der Beteiligten/TöB • Integration in die vorhandene Systemstruktur der Hanse- und Universitätsstadt Rostock
Qualitätserwartungen	<p>Folgende Qualitätsanforderungen müssen erfüllt sein:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Testszenarien/Testfälle sind vollständig, realistisch und geeignet. • Der Pilotarbeitsplatz ermöglicht eine einwandfreie Pilotierung der OZG-Referenzimplementierung. • Die Test-Mitarbeiter*innen sind geschult und in der Lage, die Testszenarien/Testfälle für die OZG-Referenzimplementierung am Pilotarbeitsplatz zu testen. • Die Pilotierung der OZG-Referenzimplementierung führt zu einem Ergebnis, das ein Ausrollen über das Bauamt und die zu beteiligenden Ämter rechtfertigt und ermöglicht.
Projektabschlusskriterien	<p>Folgende Projektabschlusskriterien müssen erfüllt sein:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Es konnten alle wesentlichen Testszenarien/Testfälle am Pilotarbeitsplatz erprobt werden. • Die OZG-Referenzimplementierung erfüllt die wichtigsten Anforderungen des Fachbereichs. • Der Standard für den Pilotarbeitsplatz und für die OZG-Referenzimplementierung lassen sich auf alle relevanten Arbeitsplätze des Bauamts und die zu beteiligenden Fachbehörden übertragen.
Projektbegrenzung	<p>Folgende Aufgaben/Punkte werden durch das Projekt explizit NICHT bearbeitet:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einführung der E-Bauakte • Ertüchtigung des Bauverfahrens ProBAUG • Schnittstelle zwischen dem ProBAUG und dem Haushaltskassenverfahren H&H proDoppik (Start eines neuen gesonderten Projekts)

Projektrahmen- und -abhängigkeiten

Das Projekt weißt aufgrund der OZG-Themenfeldführerschaft „Bauen & Wohnen“ des Ministeriums für Inneres, Bau und Digitalisierung (davor: Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung) eine starke Abhängigkeit zu den Geschehnissen und Entscheidungen auf der Landesebene auf.

In diesem Zusammenhang entstehen auch starke Abhängigkeiten zu den Entwicklungsprojekten der beteiligten Dienstleistungsunternehmen. Nachfolgend werden diese Unternehmen inklusive der betroffenen technischen IT-Komponenten aufgelistet:

- Brain-SCC GmbH
 - Entwicklung des Vorgangsraums
 - Entwicklung der Schnittstelle Vorgangsraum ↔ ProBAUG auf Basis von XBau
- PROSOZ GmbH
 - Erwerb der elan-Komponente für die Kommunikation (Vorgangsraum ↔ ProBAUG)
 - Umsetzung notwendiger Anpassungen
- d.velop GmbH:
 - Einführung der Schnittstelle ProBAUG ↔ d.3
- H&H GmbH:
 - Entwicklung eines XML-Service für den Transport von XML-Daten (Schnittstelle Vorgangsraum ↔ H&H)

Innerhalb der Hanse- und Universitätsstadt Rostock liegen folgende Abhängigkeiten vor:

- Einführung der Sachakte/Fallakte in das Bauamt
- Ertüchtigung des Bauverfahrens im Amt 60
- ProBAUG Einnahmeverwaltung
- P-Nummern in jeder Baubeantragung

Risiken

Aufgrund der starken Abhängigkeit zu externen Beteiligten ergibt sich vor allem das Risiko einer **zeitlichen Verzögerung**, die wiederum auf ein Dienstleistungsunternehmen zurückzuführen ist. Als Beispiel hierfür kann die PROSOZ Herten GmbH gelten, die viel Zeit für die Reaktion auf Anfragen benötigt.

Der Innovationscharakter der OZG-Referenzimplementierung lässt unter Umständen auch den bisherigen Kompetenzpool in den betroffenen Fachbereichen unter Druck geraten. So steht zum Teil erforderliches Knowhow nicht, nur theoretisch oder zu wenig zur Verfügung, sodass verstärkt auf externe Dienstleistungsunternehmen zurückgegriffen werden muss. Dadurch ergibt sich vor allem ein **wirtschaftliches Risiko**.

Die untere Bauaufsichtsbehörde der Hanse- und Universitätsstadt Rostock sowie das Amt für Digitalisierung und IT sind wie viele privatwirtschaftliche Unternehmen ebenfalls vom Fachkräftemangel betroffen. Dadurch sind Stellen unbesetzt, was eine höhere Arbeitsbelastung der vor Ort tätigen Mitarbeiter*innen bedeutet. Durch die zusätzliche Beanspruchung im Projekt kann es generell zu **personellen Ressourcenengpässen** kommen.

Ein weiteres wichtiges Risiko liegt in der Corona-Pandemie. Die aktuell vorherrschende Omikron-Variante zeichnet sich durch einen milderen Verlauf bei einer gleichzeitig sehr hohen Ansteckungsgefahr aus. Es besteht das Risiko, dass in den kommenden Wochen relevante Mitarbeiter*innen aufgrund einer Erkrankung ausfallen. Dadurch würden weitere **zeitliche Verzögerungen** entstehen. Dieses Risiko besteht selbstverständlich auch für die extern beteiligten Unternehmen.

Mit dem Ergebnis aus der Landtagswahl wird das Thema „OZG-Umsetzung“ vom bisherigen Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung zum Ministerium für Inneres, Bau und Digitalisierung überführt. Es besteht dabei

	<p>das Risiko, dass es aufgrund dieses Vorgehen zu zeitlichen Verzögerungen kommt, die sich auch die Hanse- und Universitätsstadt Rostock auswirken können.</p>
Projektlösungsansatz	<p>Für die Einführung der OZG-Referenzimplementierung wird zunächst eine Prozessanalyse durchgeführt. Während die Aufnahme der Ist-Prozesse noch intern erfolgt, wird die Erstellung der Soll-Prozesse mit Unterstützung durch die DATAGROUP SE stattfinden. Dieses Unternehmen hat bereits für den Landkreis Nordwestmecklenburg (LK NWM) Soll-Prozesse entwickelt und verfügt daher über die notwendige Erfahrung. Darüber hinaus ist die DATAGROUP SE auch damit beauftragt worden, Anforderungen für den Pilotarbeitsplatz und die Pilotierung der OZG-Referenzimplementierung, die auf Basis der Soll-Prozesse entstanden sind, zu bewerten und ggf. zu erweitern. Auf Basis der Anforderungen sollen Szenarien für die spätere Pilotierung der OZG-Referenzimplementierung entwickelt werden. Hierbei erfährt das Projekt Unterstützung von der BearingPoint B. V. und der brain-SCC GmbH, die bereits Testszenarien aus der Kreisstadt Neubrandenburg bereitgestellt haben. Das Testmanagement und die Tests sollen zukünftig mit Unterstützung eines externen Dienstleistungsunternehmens erfolgen.</p> <p>Die Konzepte zum Projekt werden mehrheitlich extern erstellt, da dem Fachbereich 06 notwendige Ressourcen dafür fehlen.</p> <p>In Hinblick auf die physische Ausstattung des Pilotarbeitsplatzes bedient sich das Projekt im hohem Maße externer Lösungen und Standards. So wird auf die Erkenntnisse und Erfahrungen aus den Baubehörden im Landkreis Nordwestmecklenburg und der Landeshauptstadt Schwerin zurückgegriffen. Gerade vor dem Hintergrund der Visualisierung beizubringender Unterlagen wird auf die Basis GmbH und die Clevertouch GmbH als externe Beratungsunternehmen zurückgegriffen.</p> <p>Mit Bezug auf die Software-Komponenten des Pilotarbeitsplatzes werden diese ebenfalls im hohen Maße von äußeren Entwicklungen beeinflusst und geführt. Um die OZG-Referenzimplementierung in der unteren Bauaufsichtsbehörde pilotieren zu können, muss zunächst der Vorgangsraum eingeführt und konfiguriert werden. Die dafür erforderlichen Arbeiten finden jedoch in einem gesonderten Projekt statt. Der Vorgangsraum bildet das Herzstück der OZG-Referenzimplementierung und ist durch die brain-SCC GmbH entwickelt worden. Die individuellen Anpassungen des Vorgangsraums an die Anforderungen der Baubehörde werden durch Beaufsichtigung der brain-SCC GmbH durchgeführt.</p> <p>Zudem werden zahlreiche Schnittstellen zwischen den Software-Komponenten benötigt. Diese Schnittstellen werden nicht selbstständig entwickelt, sondern durch die beteiligten Dienstleistungsunternehmen zur Verfügung gestellt. Die Einführung und Konfiguration der Schnittstellen findet in gesonderten Projekten statt, wobei die beteiligten Unternehmen ebenfalls an den Arbeiten mitwirken werden.</p> <p>In Hinblick auf die Schulungen zum Pilotarbeitsplatz und zur OZG-Referenzimplementierung wird auf eine Mischung aus externen und internen Schulungsformaten gesetzt. Die „Erst-Schulung“ wird in der Regel durch ein externes Dienstleistungsunternehmen übernommen. Dadurch wird Wissen aufgebaut und zu einem späteren Zeitpunkt intern bereitgestellt.</p> <p>Die Testung von Hardware- und Softwarekomponenten sowie der gesamten OZG-Referenzimplementierung kann derzeit nur mit Unterstützung eines Dienstleistungsunternehmens erfolgen. Die aus den Test gewonnenen Erkenntnisse werden dokumentiert und anschließend an die jeweils verantwortlichen Dienstleistungsunternehmen (brain-SCC GmbH, d.velop GmbH etc.) weitergegeben. Auf diese Weise wird eine kontinuierliche Verbesserung der angepassten OZG-Referenzlösung erreicht. Das Projekt endet mit einer zufriedenstellenden Abnahme der OZG-Referenzimplementierung und der abschlie-</p>

ßenden Entscheidung den Standard des Pilotarbeitsplatzes sowie die Referenzlösung auf das gesamte Bauamt sowie die internen Fachbehörden auszurollen. Der Roll-out auf die externen Fachbehörden erfolgt auf Landesebene.

Phasentermine

Phase	Phasenstart	Phasenende
Initiierungsphase	01.05.2020	18.10.2020
Analysephase	19.10.2020	21.02.2021
Beschaffungsphase	22.02.2021	31.08.2021
Pilotvorbereitung	01.09.2021	30.06.2022
Pilotierung	01.07.2022	31.12.2022
Rollout I	01.01.2023	31.12.2023
Rollout II	01.01.2024	30.06.2025
Abschlussphase	01.07.2025	30.09.2025

Hinweis: Der Rollout ist in zwei Phasen gegliedert. In der Phase Rollout I wird der Fokus auf dem Bauamt und den am häufigsten beteiligten internen Behörden liegen. In der Phase Rollout II werden weitere interne Behörde angeschlossen. Die Inhalte beider Phasen werden bei Bedarf ineinander verschoben bzw. parallelisiert.

Sachkosten

Phase	Plankosten (€, brutto) nach Kostenart (alles außer interne Personalleistungen)			
	Schulungskosten	Fremdleistungen	Reisekosten	Summe
Initiierungsphase	--	--	--	0,- €
Analysephase	--	--	--	0,- €
Beschaffungsphase	--	5.000,00 €	--	5.000,00 €
Pilotvorbereitung	--	135.000,00 €	--	135.000,0 €
Pilotierung	--	--	--	--
Rollout I + II	--	60: 270.000,00 € Fachämter: 1,7 Mio. €	--	1,97 Mio. €
Abschlussphase	--	--	--	--
Summe Sachkosten		2.110.00,00 €		2.110.00,00 €

Interne Personalkosten

Phase	Sachgebiet
Summe interner Personalaufwand	--

nachträgliche Korrektur der Sachkosten durch die Einarbeitung falscher Zahlen notwendig.

Gesamtsachkosten alt: 2,11 Mio. €
Gesamtkosten neu: 1,684 Mio. €
(siehe nächste Seite)

Gesamtkosten

Summe Sachkosten	2.110.00,00 €
Summe interne Personalkosten	--
Summe/Projektbudget	2.110.00,00 €

Sachkosten

Phase	Plankosten (€, brutto) nach Kostenart (alles außer interne Personalleistungen)			
	Schulungskosten	Fremdleistungen	Reisekosten	Summe
Initiierungsphase	--	--	--	0,- €
Analysephase	--	--	--	0,- €
Beschaffungsphase	--	5.000,00 €	--	5.000,00 €
Pilotvorbereitung	--	135.000,00 €	--	135.000,0 €
Pilotierung	--	--	--	--
Rollout I + II	--	60: 269.000,00 € Fachämter: 1.275.00,00 €	--	1.544.000,00 €
Abschlussphase	--	--	--	--
Summe Sachkosten		1.684.00,00 €		1.684.00,00 €

Interne Personalkosten

Phase	Sachgebiet	Geplante Projektstage je Sachgebiet
Summe interner Personalaufwand	--	Der interne Personalaufwand für nicht gesondert ausgewiesen.

Gesamtkosten

Summe Sachkosten	1.684.00,00 €
Summe interne Personalkosten	--
Summe/Projektbudget	1.684.00,00 €

1/28 - Anlage 1

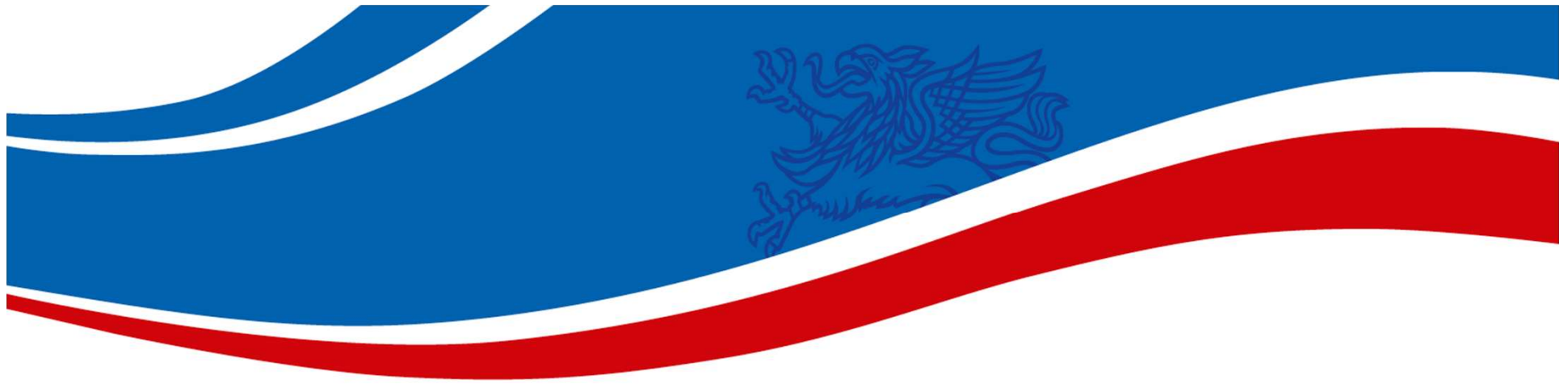
Projekt „Digitales Antrags- und Genehmigungsverfahren für die untere Bauaufsichtsbehörde“

Informationsvorlage Bürgerschaft
2022/IV/3051



Agenda

- Projekt
- Projektinhalte
- Projektplanung



Projekt



Zielstellung des Projekts

- Optimierung und Digitalisierung aller Bauantrags- und Baugenehmigungsprozesse nach LBauO M-V
- Einführung einer medienbruchfreien, elektronischen Lösung bis 2023
 - Nutzung einer revisionssicheren, digitalen Bauakte
 - Nutzung des MV-Serviceportals als Kommunikationsplattform
 - Nutzung des Vorgangsraumes für die Zusammenarbeit der Beteiligten/TöB
 - Integration in die vorhandene Systemstruktur der Hanse- und Universitätsstadt Rostock

Nutzen des Projekts

Beschleunigte Bearbeitung von Bauanträgen / Effizienzpotentiale werden ausgeschöpft

- Verkürzung Kommunikationswege (z.B. Postlauf)
- bessere Abstimmung der Behörden untereinander und mit allen Beteiligten
- gleicher Wissensstand zum Verfahren für alle Beteiligten

durchgehend digitale Bauanträgen & -genehmigungen werden ermöglicht

- Vermeidung von Medienbrüchen

Zufriedenheit der Mitarbeiter*innen

- mehr Zeit für die Antragsprüfung
- Wegfall von sog. Hilfsarbeiten (Tausch von Antragsunterlagen, Kopieren etc.)

Imagegewinn HRO Stadtverwaltung wird erzielt

- zufriedene Antragsteller*innen
- HRO ist digital gut aufgestellt

Erhöhung der Rechtssicherheit

- Standardisierung / best practices

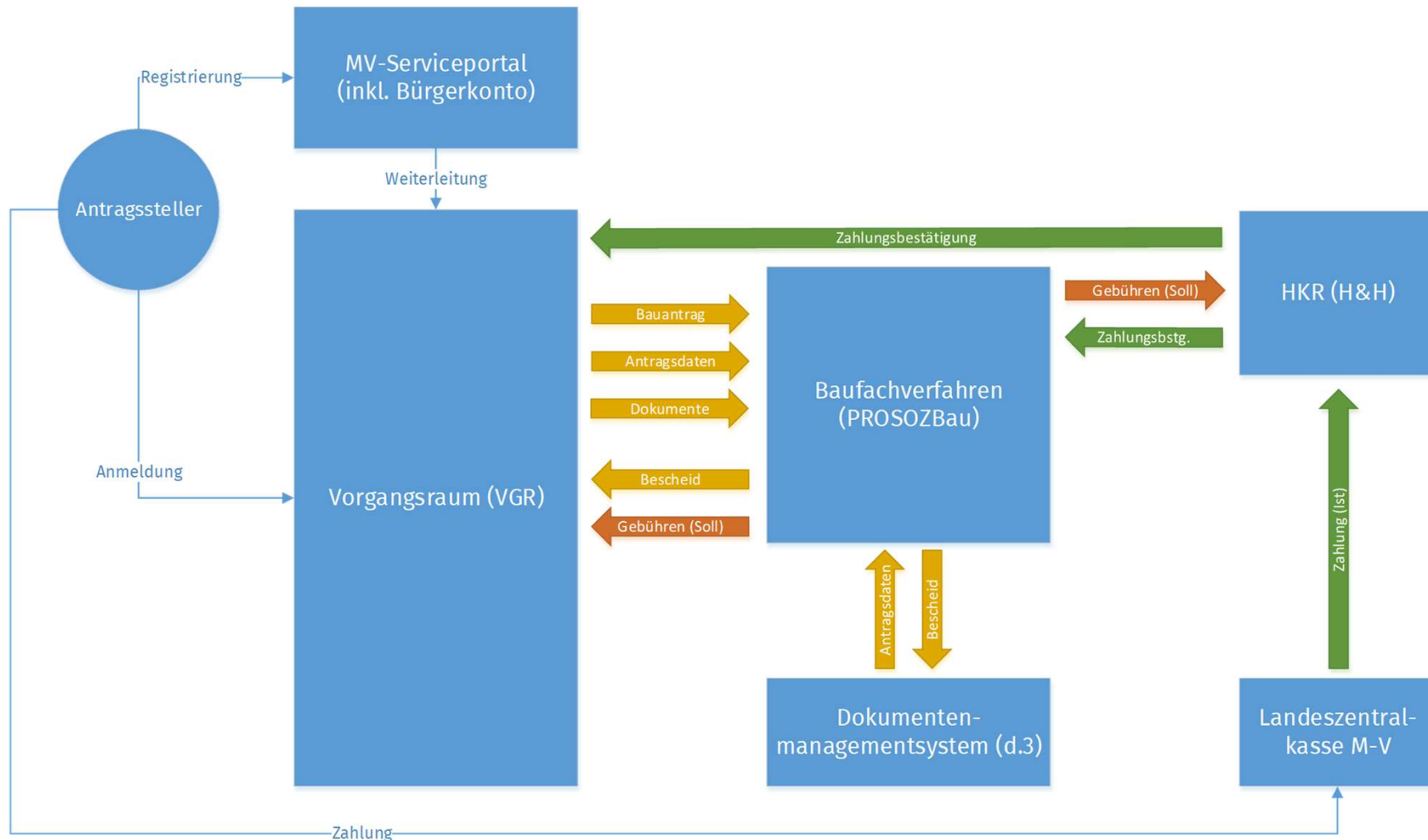
Interne Projektbeteiligte

- Amt 60
 - Frau Gründel
 - Frau Schäfer
 - Frau Wilke
 - Frau Riemer
 - Herr Bollnow
 - Mitarbeiter 60 in den jeweiligen Projektgruppen, u. a. Prozessanalyse
- Amt 06
 - Herr Writschan
 - Frau Zachhuber
 - Frau Schulz
 - Herr Machatsch
- Übergreifender Austausch
 - S2/S4 und AL 06: fortlaufender Austausch/Einzelentscheidungen

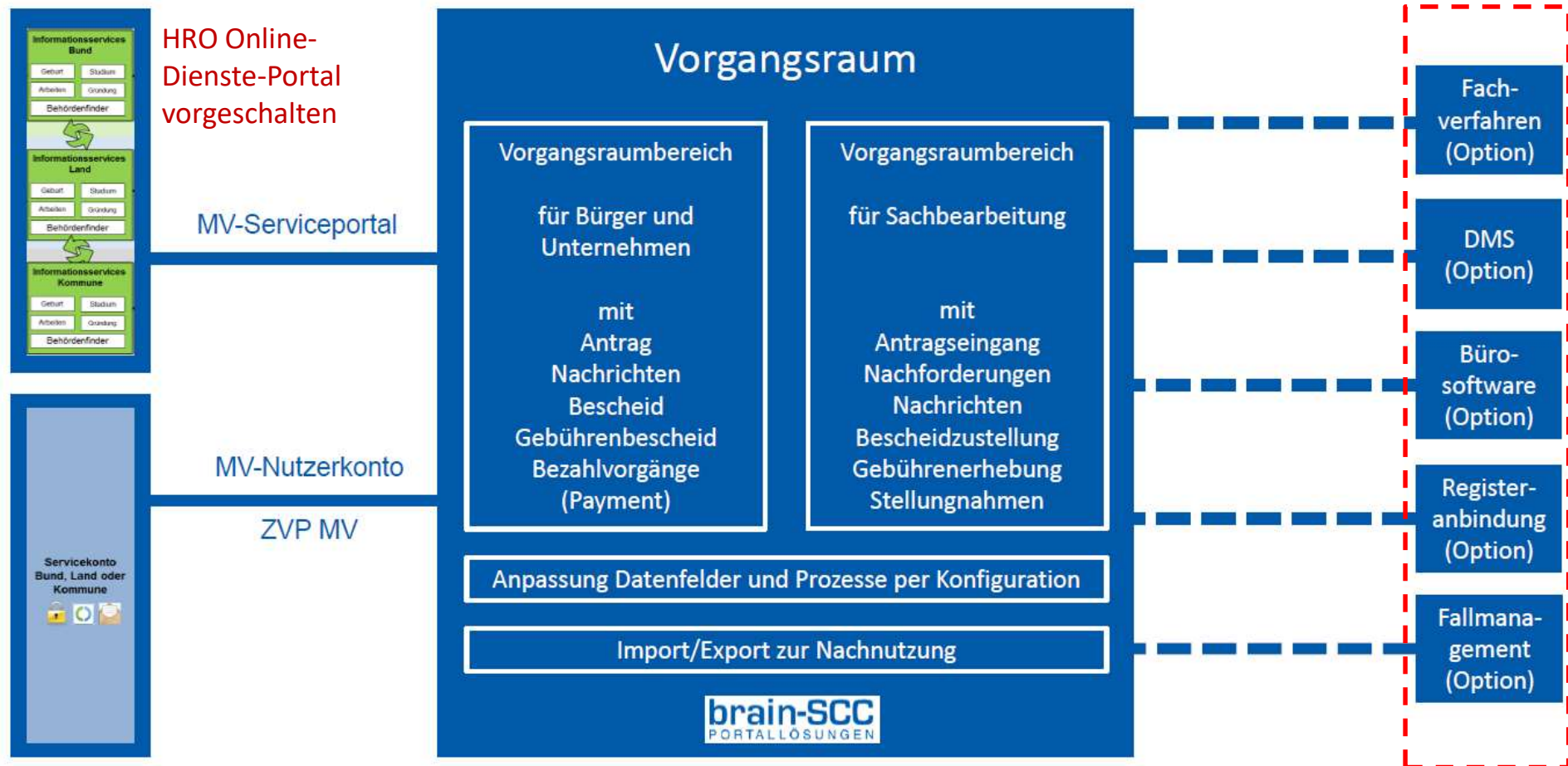
Externe Projektbeteiligte

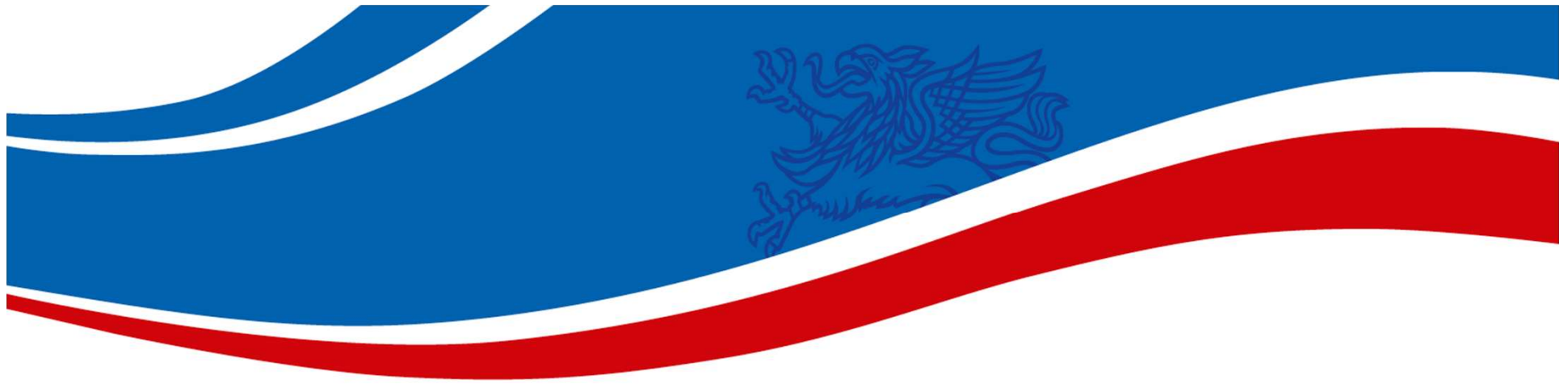
- Ministerium für Inneres, Bau und Digitalisierung
- Landkreis
Nordwestmecklenburg
- DVZ M-V GmbH
- brain-SCC GmbH
- PROSOZ Herten GmbH
- d.velop GmbH
- BearingPoint B. V.
- DATAGROUP SE
- BASIS GmbH
- CLEVERTOUCH GmbH
- H&H GmbH

Struktur der Landeslösung



Struktur der Landeslösung II

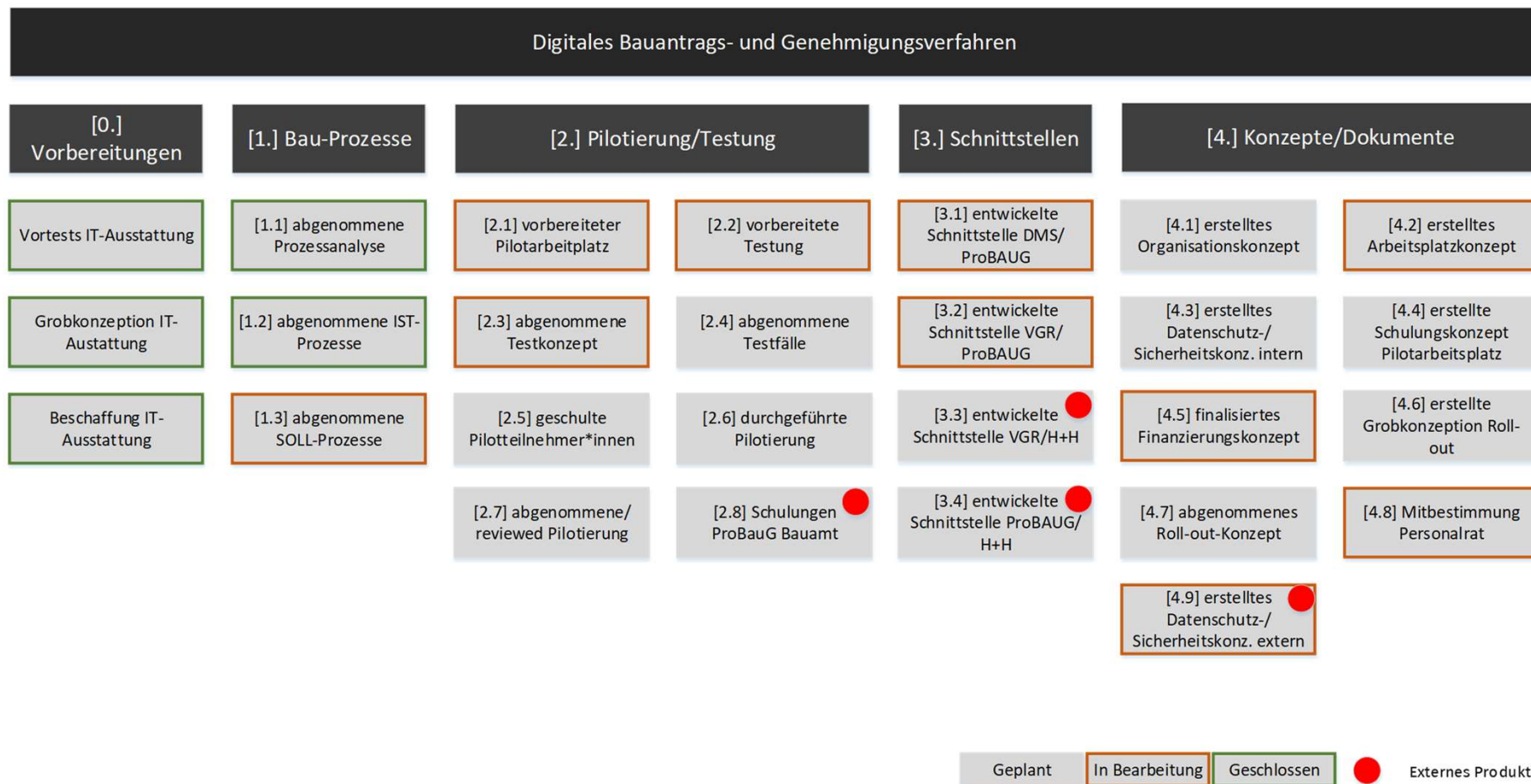




Projekthalte



Überblick der Projektinhalte



Prozessanalyse (Soll-Prozesse)

Zielstellung

Erstellung und Prüfung von Soll-Prozessen zu den Antrags- und Genehmigungsverfahren unter dem Aspekt der elektronischen Bearbeitung

Dienstleistungsunternehmen

DATAGROUP SE – Herr Flatow, Herr Manzek

Geplanter Zeitraum

2. Quartal 2022

Team (06/60)

Frau Schulz
Herr Bollnow
Frau Riemer
Frau May
Frau Schnoor
Frau Sitarek
Frau Theelke
Frau Winkler
Herr Lindenburger

Prozess Beteiligungen intern

- verschiedene Szenarien möglich
 - siehe nächste Folien

Beteiligung Szenario 1 - VGR

Vorteile

- identische Handhabung von internen und externen Beteiligungen

Nachteile

- Abkopplung von etablierten internen Prozessen (d.3)

Beteiligung Szenario 2 – d.3

Vorteile

- Einheitlichkeit der internen Prozesse
- Umgang mit dem d.3 stadtwweit etabliert (zukünftig)
- (Workflows können ggf. aus dem ProBAUG gestartet werden)

Nachteile

- Zeitplanung des d3-Roll-out mit Risiken behaftet
 - starke Abhängigkeit vom Projekt „E-Akte“
- beteiligte Ämter sind teilweise frühestens im Q1/23 angebunden
 - hybrides Szenario d.3/VGR wäre notwendig

Beteiligung Szenario 3 - ProBAUG

Vorteile

- einheitliche Tool für das Bauantrags- und Genehmigungsverfahren

Nachteile

- hoher Aufwand (Schulungen, Roll-out) und Kosten (Lizenzkosten)

Anforderungsaufnahme Systemkomponenten

Zielstellung

- Aufnahme von Anforderungen an die IT-Systemkomponenten (Hardware/Software) des Pilotarbeitsplatzes unter Berücksichtigung der Prozessanalyse
- Ableitung von Qualitätskriterien
- Erstellung von Testszenarien/Fallbeispielen

Team (06/60)

Herr Machatsch
Herr Bollnow

Dienstleistungsunternehmen

DATAGROUP SE – Teambesetzung offen

Geplanter Zeitraum

1. Quartal & 2. Quartal 2022

Konzepte zum Pilotarbeitsplatz

Zielstellung

- Erstellung eines Einführungskonzeptes zum Pilotarbeitsplatz
- Erstellung eines Testkonzeptes
- Erstellung eines Schulungskonzeptes
- (Erstellung eines Organisationskonzeptes)

Dienstleistungsunternehmen

DATAGROUP SE – Teambesetzung offen

Geplanter Zeitraum

1. Quartal & 2. Quartal 2022

Team (06/60/10)

Herr Machatsch
Frau Zachhuber
Herr Mader
Herr Bollnow
Frau Riemer
Frau Marczinzik
Frau Buhl
Frau Peters

Ausstattung Software (Schnittstellen)

Zielstellung

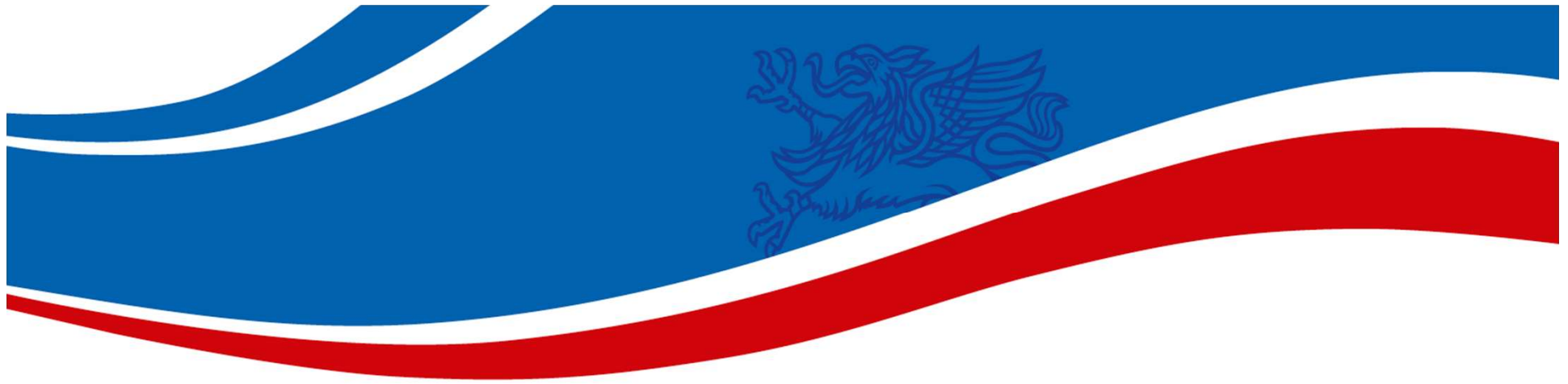
- Einführung einer Schnittstelle zwischen DMS d.3 und dem Fachverfahren PROSOZBau
- Einführung einer Schnittstelle zwischen Vorgangsraum und Fachverfahren PROSOZBau

Team (06/60)

Frau Zachhuber
Herr Wendel
Herr Machatsch
Herr Möller
Herr Bollnow

Geplanter Zeitraum

1. Quartal & 2. Quartal 2022



Projektplanung



Meilensteintabelle I

Meilensteine	Projektgegenstand	Fördersumme, finanzieller Umfang (in Euro)	Mittelherkunft	Start (Quartal/Jahr)	Ende (Quartal/Jahr)
1	Erstellung Soll-Prozesse	30.000	HRO	4/2021	2/2022
2	Aufnahme Anforderungen (Hardware/Software)	5.000	HRO	1/2022	2/2022
3	Vorbereitung Pilot/Pilotarbeitsplatz	-	HRO	4/2021	2/2022
4	Testvorbereitung	25.000	HRO	4/2021	2/2022
5	Schulung PROSOZBau (intern)	-	HRO	1/2022	2/2022

Meilensteintabelle II

Meilensteine	Projektgegenstand	Fördersumme, finanzieller Umfang	Mittelherkunft	Start (Quartal/Jahr)	Ende (Quartal/Jahr)
6	Einführung Schnittstelle Vorgangsraum / PROSOZBau	16.000	HRO	1/2022	2/2022
7	Einführung Schnittstelle PROSOZBau / DMS d.3	34.000	HRO	4/2021	2/2022
8	Pilotierung / Testung	25.000	HRO	3/2022	4/2022
9	IT-Ausstattung Bauamt	270.000	HRO/M-V	3/2022	1/2023
10	IT-Ausstattung / Anbindung Fachämter	1,275 Mio.	HRO	1/2023	2/2025
11	Go-Live Bauamt	-	HRO	1/2023	2/2023

Überblick Haushaltplanung

- Aufwände für Hardware, Software und Dienstleistungen sind im Haushalt 2002/23 sowie in der Planung bis 2025 berücksichtigt
- Schätzungen auf Basis der Rückmeldungen der beteiligten Ämter
- *87 und 88 sind im Haushalt nicht berücksichtigt

	60	Fachämter	87/88*	Summe
Aufwand	140.000,00	128.000,00 €	17.000,00 €	285.000,00 €
Hardware	257.000,00 €	979.000,00 €	100.000,00 €	1.336.000,00 €
Software	13.000,00 €	46.000,00 €	5.000,00 €	63.000,00 €
Summe	409.000,00 €	1.153.000,00 €	122.000,00 €	1.684.000,00 €

Kosten pro Arbeitsplatz

Mögliche Investition 2021	Initial
65" Clevertouch-Bildschirm	2.650,00 €
Laptop	1.000,00 €
24" Bildschirm	180,00 €
34" Bildschirm	480,00 €
Tablets	360,00 €
Kamera Logitech	180,00 €
Headset	80,00 €
USB-Hub	50,00 €
Kartenlesegerät	180,00 €

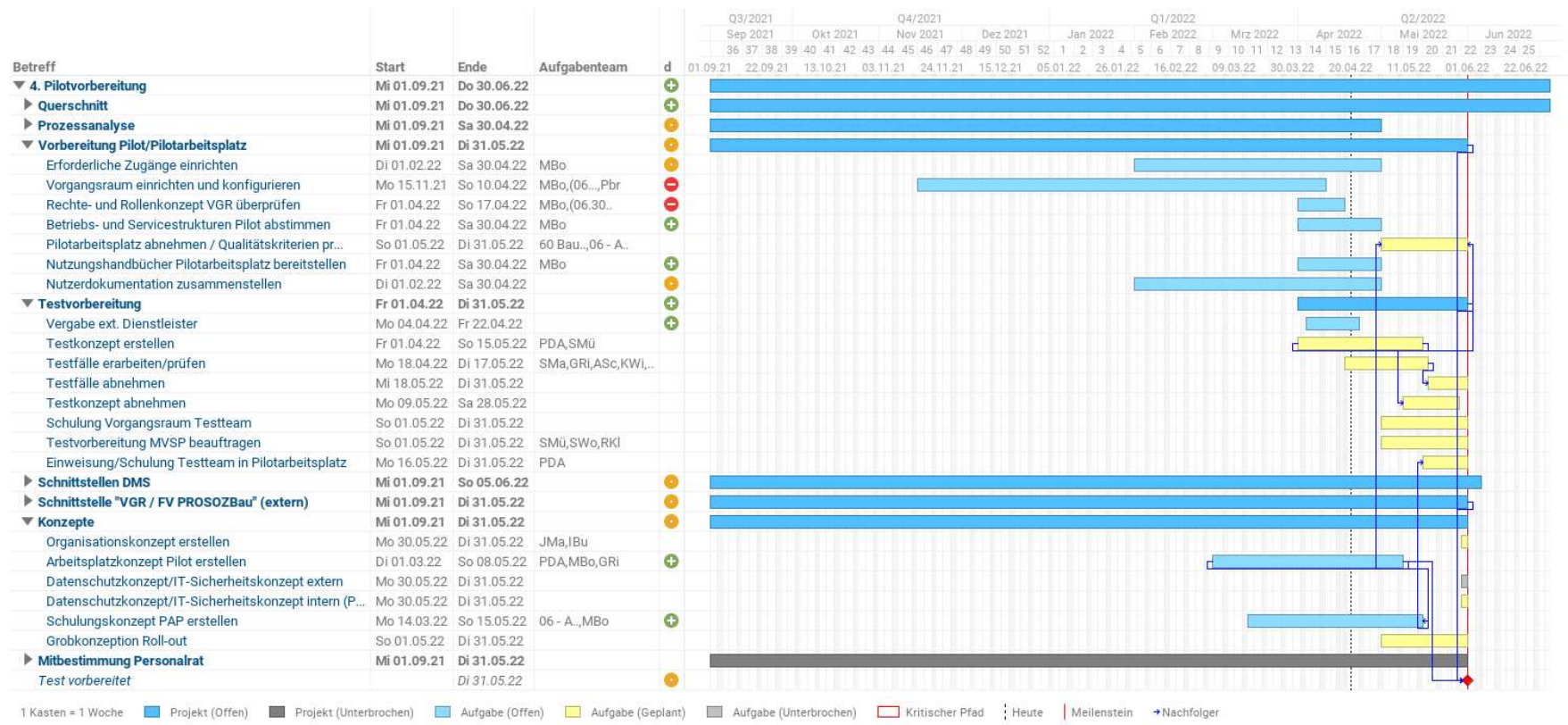
- Die Kosten pro Arbeitsplatz sind im Rahmen eine Maximalplanung berechnet worden und können je nach Ergebnis aus der Pilotierung sinken
- Gerade der 65"-Bildschirm pro Arbeitsplatz ist hier noch nicht final

Überblick Sachkosten

- Die Summen Haushaltsplanung sind in die Projektplanung eingeflossen

Sachkosten				
Phase	Plankosten (€, brutto) nach Kostenart (alles außer interne Personalleistungen)			
	Schulungskosten	Fremdleistungen	Reisekosten	Summe
Initiierungsphase	--	--	--	0,- €
Analysephase	--	--	--	0,- €
Beschaffungsphase	--	5.000,00 €	--	5.000,00 €
Pilotvorbereitung	--	135.000,00 €	--	135.000,0 €
Pilotierung	--	--	--	--
Rollout I + II	--	60: 269.000,00 € Fachämter: 1.275.00,00 €	--	1.544.000,00 €
Abschlussphase	--	--	--	--
Summe Sachkosten		1.684.00,00 €		1.684.00,00 €

Zeitplanung



Phasenplanung

Phasentermine		
Phase	Phasenstart	Phasenende
Initiierungsphase	01.05.2020	18.10.2020
Analysephase	19.10.2020	21.02.2021
Beschaffungsphase	22.02.2021	31.08.2021
Pilotvorbereitung	01.09.2021	30.06.2022
Pilotierung	01.07.2022	31.12.2022
Rollout I	01.01.2023	31.12.2023
Rollout II	01.01.2024	30.06.2025
Abschlussphase	01.07.2025	30.09.2025

Rollout

- Rollout I (Meilenstein 11+ teilw. Meilenstein 10)
 - Bauamt
 - beteiligte interne Ämter mit hoher Priorität
- Rollout II (Meilenstein 10)
 - weitere beteiligte interne Ämter
- konzeptionelle Festlegungen
 - Stufe 1: Entwurf Rollout-Konzept (Grobkonzept)
 - Stufe 2: finales Rollout-Konzept
- Aufwände für Hardware, Software und Dienstleistungen sind im Haushalt 2022/23 eingeplant